

Kulturpolitiker:innen gesucht

Autor(en): **Riedener, Corinne**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin**

Band (Jahr): **30 (2023)**

Heft 337

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1047697>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kulturpolitiker:innen gesucht

Am 22. Oktober wählen die Schweizer Stimmberechtigten ihr Parlament für die nächsten vier Jahre. Personen, die sich explizit und mit der nötigen Verve für die Kulturpolitik einsetzen, sind auf den Ostschweizer Listen kaum zu finden. Das hat Gründe, unter anderem muss das Profil «Kulturpolitiker:in» von nationalem Format erst noch erfunden werden.

von CORINNE RIEDENER

«Arm, aber sexy» lautete das Motto Mitte September am Kulturstammtisch in der St. Galler Militärkantine, wo über die prekäre Situation von Kulturschaffenden diskutiert wurde. Unter den Gästen war auch Mathias Müller, Mitte-Kantonsrat, Nationalratskandidat und Stadtpräsident von Lichtensteig. Er sagte: «Es ist für Politiker:innen nicht sexy, sich für Kultur zu engagieren. Wer Karriere machen will, sucht sich andere Themenfelder.» Damit spricht er eine unbequeme Wahrheit aus. Kulturpolitik wird oft als Nebensache behandelt und ist nicht unbedingt das, womit man sich im Parlament profilieren kann. Noch weniger auf nationaler Ebene, denn Kulturpolitik und insbesondere die Kulturförderung sind eine föderale Angelegenheit.

Der grösste Anteil der rund drei Milliarden Franken pro Jahr, mit denen die öffentliche Hand die Kultur unterstützt, kommt aus den Kantonen und den Gemeinden. Bern steuert lediglich gut 10 Prozent bei. Ausserdem alle vier Jahre die Kulturbotschaft, in der die strategische Ausrichtung mit Zielen und Massnahmen festgelegt wird. Die Kulturbotschaft 2025–2028 befindet sich bei Redaktionsschluss dieses Hefts noch in der Vernehmlassung. Sie will in der Kulturförderung neue Akzente setzen, diese soll nachhaltiger, digitaler und sozialer werden, auch als Reaktion auf die schwierigen Pandemiejahre. Der Bundesrat will in der Periode 2025 bis 2028 gut eine Milliarde in die Förderung stecken. Das ist zwar mehr als die 934,5 Millionen in der letzten Periode, reicht aber wohl kaum, um die Teuerung auszugleichen. Die Milliarde soll unter anderem die Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden verbessern und die digitale Transformation unterstützen.

Die Pandemie sei ein Schlüsselmoment für die Kultur in der Schweiz gewesen, schreibt das Bundesamt für Kultur BAK in seiner Medienmitteilung zur neuen Kulturbotschaft. Der Unterbruch des kulturellen Lebens habe daran erinnert, «wie wichtig Kultur für das Zusammenleben in der Gesellschaft und für das Wohlbefinden der Menschen ist». Diese Feststellung ist nicht neu – und sie hat Löcher. Das Kulturschaffen ist ja nicht stillgestanden, es hat sich einfach anders gezeigt. Jedenfalls gehört das grundsätzliche Bekenntnis zur Kultur auch in fast allen Parteien zum guten Ton – low hanging fruit.

Kultur und Karriere als Widerspruch?

Trotzdem: Kulturpolitik hat ein Imageproblem, auch ein Lobbyproblem. Mit Kulturpolitik lassen sich nicht genug

Stimmen fangen, lassen sich kaum medienwirksame öffentliche Auftritte und einträgliche VR-Mandate generieren, höchstens halbgarer Stiftungsratsitze. Kulturpolitik hat verglichen mit anderen Politikfeldern ein geringeres Ansehen. Für ambitionierte Menschen in der Politik sind solche Überlegungen relevant.

Dabei könnte Kulturpolitik, wenn sie umfassend gedacht und angegangen wird, ein durchaus attraktives und auch karriereförderliches Pflaster sein. Sie berührt so viele Themenbereiche wie kaum ein anderes politisches Feld: Wirtschaft, Nachhaltigkeit, Bildung, Migration, soziale Gerechtigkeit, Internationale Beziehungen, Altersvorsorge, Digitalisierung, Raumentwicklung, Tourismus, Inklusion, Medien und so weiter. All diese Felder sind relevante Faktoren in der Kulturpolitik – und im Kulturgeschehen selber, werden die politischen Megathemen doch regelmässig auch dort verhandelt und katalysiert.

Zukunftsfähige Kulturpolitik geht weit über banale Erkenntnisse hinaus wie beispielsweise, dass Kultur eine Treiberin der Stadtentwicklung sein kann, wie es Müller mit Lichtensteig vormacht (mehr dazu ab Seite 12), oder dass die Kultur ein relevanter Wirtschaftsfaktor ist und Milliarden an Wertschöpfung generiert. Wer Kulturpolitik in ihrer ganzen Breite und Komplexität begreift, kann fast überall mitreden und hat Anschluss in alle möglichen Politikfelder. Oder zugespitzt: Es gibt keine komplettere Politikerin als die Kulturpolitikerin. Das ist doch eigentlich ziemlich sexy. Dieses Profil muss allerdings erst noch erfunden werden, vor allem auf nationaler Ebene.

Was müsste eine solche Person mitbringen? Nebst dem bedingungslosen Glauben an die Kultur als Säule der Gesellschaft vielleicht eine gewisse Lust, sich in verschiedenste gesellschaftliche Kontexte zu begeben und zwischen diversen Bubbles umherzuhopfen? Den Willen, branchenübergreifende Dialogräume zu schaffen und Schnittstellen zu bedienen? Keine Skrupel, die mikro- und makroökonomischen Realitäten der Kulturwirtschaft zu benennen? Den Nerv, Aspekte wie Kulturförderung und -vermittlung oder Transformation auch vom Verwaltungsapparat her neu zu denken?

Welche Priorität hat Kultur?

Die Kulturpolitik gehört zu den vergleichsweise schwach erforschten Politikfeldern, darum gibt es wohl keine klaren Antworten. Es wäre aber schon ein Anfang, würde die eine oder der andere Nationalratskandidierende das Thema Kultur zuoberst auf die Prioritätenliste setzen. Leider ist das noch seltener gesehen als anständige Gagen in

der Musikszene. Klickt man sich durch die Wahllisten, kommen alle möglichen Parolen und Schlagworte zuerst: Klimaschutz!, Löhne!, Wirtschaftspolitik!, Einwanderung!, Genderwahn! und so weiter. Die Kultur kommt, wenn überhaupt, ziemlich weit hinten. Müllers Feststellung bestätigt sich: Kulturpolitik ist unattraktiv, man profiliert sich in anderen Themenfeldern.

Das heisst freilich nicht, dass die Kultur den Kandidierenden per se egal ist. Sie ist einfach zu nebensächlich, mutmasslich nicht nur im Wahlkampf. Fragt man die Kandidierenden explizit nach ihren Positionen in Sachen Kultur, zeigt sich ein differenzierteres Bild. Die Taskforce Culture hat das gemacht. Ende August hat sie allen Kandidierenden der nationalen Wahlen 2023 einen Fragebogen zu den wichtigsten Kulturthemen geschickt, die in der nächsten Legislatur eine Rolle spielen könnten.

Die Fragen betreffen die Themen Sozialpolitik («Werden Sie Vorstösse unterstützen, die Lücken in der Sozialversicherung und der Altersvorsorge schliessen und Menschen in Kulturberufen besser absichern?»), Kulturförderung («Werden Sie im Parlament eine starke und an den Bedürfnissen der Sparten orientierte Kulturförderung verteidigen, auch wenn Spardruck besteht?»), Urheber:innenrecht («Werden Sie ein wirkungsvolles und angemessenes Urheberrecht verteidigen und weiterentwickeln, gerade auch im Bereich der neuen digitalen Nutzungsformen?»), Medienpolitik («Befürworten und unterstützen Sie konkrete Rahmenbedingungen, die eine breite und vielseitige Sichtbarkeit des Schweizer Kulturschaffens in den Medien verbessern?»), Digitalpolitik («Werden Sie Vorstösse unterstützen zur Stärkung der Position von einheimischen Kulturschaffenden und Rechteinhabern gegenüber den internationalen Plattformen?») sowie Kultur als Wirtschaftsfaktor («Werden Sie die Anliegen der Kulturwirtschaft auch in wirtschaftspolitische Überlegungen verstärkt mit einbeziehen?»).

Die Antworten der Kandidierenden, nach Kantonen sortiert und rangiert mittels Punktesystem, sind auf der Projektseite Clap4Culture.ch zu finden. Leider hält sich der Rücklauf in engen Grenzen – was ebenfalls den schweren Stand der Kulturpolitik widerspiegelt. Die Kandidierenden hatten mehrere Wochen Zeit für den Fragebogen. Von den 311 Nationalratskandidat:innen aus dem Kanton St. Gallen haben – Stand 20. September – lediglich neun geantwortet, von den 210 Kandidat:innen im Thurgau sogar nur drei. Es ist keine Überraschung, dass viele, die geantwortet haben, die maximale Punktzahl erreicht, also alle Fragen mit «ja» oder «eher ja» beantwortet haben. Aus den beiden Appenzell kam bisher noch keine Antwort. Das Umfrage-Tool ist aber weiterhin offen.

Warum keine verbindlichen Kulturprozente?

Politiker:innen bezeichnen sich stolz als Sozialpolitikerin, Wirtschaftspolitiker oder Finanzpolitikerin – eine Kulturpolitiker:in wäre alles zusammen. Nur bezeichnet sich auf nationaler Ebene kaum jemand so. In den Kantonen und Gemeinden, wo man kulturpolitisch noch mehr bewegen und sich entsprechend besser profilieren kann, ist die Lage weniger dünn. SP-Kantonsrat Martin Sailer aus dem Toggenburg beispielsweise bezeichnet sich selbstbewusst als Kulturminister. Mitte September reichte er zusammen mit Mike Sarbach von den Grünen aus Wil einen Vorstoss für «ein Kulturprozent» im

ordentlichen Staatshaushalt des Kantons ein. Gute Idee. Warum fordert niemand ein Aufrüsten auf nationaler Ebene, sprich ein verbindliches «Kulturprozent» (oder zwei oder drei) für alle Kantone?

Von Kulturschaffenden wird heute immens viel erwartet. Sie sollen Unternehmerinnen sein, Vordenker, Konzepteschreiberinnen, Fundraiser, Buchhalterinnen, Organisatoren, Vermittlerinnen und so weiter. Die Liste ist lang. Und sie müssen ihr Schaffen immer wieder von neuem legitimieren. Daran arbeiten auch die Berufsverbände und beispielsweise die vor vier Jahren durch Saiten initiierte IG Kultur Ost. Aber sie brauchen nicht nur die Lobby ihrer Verbände, sie benötigen insbesondere auch Verbündete in der Politik. Menschen – und sie müssen gar nicht selber aus der Kultur kommen –, die ihnen bei der dringend nötigen Übersetzungsleistung helfen. Politiker:innen, die nicht aus Prestige Gründen in einem Museumsvorstand oder einem Stiftungsrat sitzen, sondern begriffen haben, dass das Kulturschaffen in all seinen Facetten ein existenzieller Faktor ist für die Entwicklung und Erneuerung eines Landes und seiner Gesellschaft. Weit mehr als eine blosser Zahl im Bruttoinlandprodukt. Auch wenn diese ganz beachtlich ist.

Die Taskforce Culture besteht seit März 2020. Sie ist eine informelle, verbands- und spartenübergreifende Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus Vertretungen verschiedener Kulturplayer. Zur Kerngruppe gehören die Dachorganisationen Suisseculture, Suisseculture Sociale, Cultura, Schweizer Musikrat und Ciné-suisse, ausserdem weitere Verbände und Institutionen wie AdS, Danse Suisse, Petzi, Pro Cinema, Sonart, t. Theater-schaffen Schweiz, Visarte und andere. Die «grosse Runde» umfasst 60 weitere Kulturverbände.

Ziel der Taskforce ist es, breit abgestützten kulturpolitischen Anliegen mit vereinten Kräften zum Durchbruch zu verhelfen. Sie sammelt kulturpolitisch brennende Themen, sorgt für den Informationsaustausch und koordiniert nach Möglichkeit die politische Arbeit der verschiedenen Verbände und Organisationen sowie die Medienarbeit.

taskforceculture.ch